



Der Kanton Basel-Stadt versucht Grosskonzerne wie Roche mit Subventionen zu halten – doch es geht auch anders. TIL BÜRGY / KEYSTONE

# Zurück zum Steuerwettbewerb

*Trotz OECD-Mindeststeuer kann die Schweiz fiskalisch wieder attraktiver werden*

MATTHIAS BENZ

Als die Schweiz die OECD-Mindeststeuer für Grosskonzerne im Jahr 2024 einführte, ging man davon aus, dass sie zum globalen Standard werden würde. Doch das ist nicht eingetreten. Anfang 2026 sind die USA aus der OECD-Mindeststeuer ausgestiegen. Andere wichtige Länder wie China setzen sie nicht um. Die Schweiz gerät dadurch ins Hintertreffen: Grosskonzerne müssen hierzulande den Mindeststeuersatz von 15 Prozent ihrer Gewinne bezahlen, in den USA kommen sie oft mit deutlich weniger weg.

Seit einigen Monaten wird in Politik und Wirtschaft darüber debattiert, was die Schweiz jetzt tun soll. Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer empfahl, die Schweiz solle wieder aus der OECD-Mindeststeuer aussteigen. Sonst könnten amerikanische Konzerne ihre Aktivitäten aus der Schweiz in die USA verlegen – und der hiesige Fiskus Hunderte von Millionen an Steuereinnahmen verlieren.

Andere Wirtschaftsverbände lehnen hingegen einen Ausstieg ab, etwa der Dachverband Economiesuisse oder Swissholdings, der Verband der multinationalen Unternehmen. Der Schritt sei riskant und bringe wenig, argumentieren sie. Die Schweiz solle stattdessen prüfen, wie sie innerhalb der OECD-Regeln wieder steuerlich attraktiver werden könne.

## Höhere Abzüge für Forschung

Wie das konkret gehen könnte, zeigt ein neues Gutachten der Steuerrechtsprofessoren Robert Danon (Universität Lausanne) und Pascal Hinny (Universität Freiburg). Das Gutachten wurde im Auftrag von der NZZ vor. Laut den Professoren sollte die Schweiz einen bestehenden Steuerabzug für Forschung und Entwicklung (F&E) stärker nutzen und ausweiten.

Tatsächlich hat die OECD in dieser Hinsicht neue Möglichkeiten eröffnet. Beim Ausstieg der USA wurde ein sogenanntes Side-by-Side-Package verabschiedet. Die OECD-Gremien erlauben den Ländern damit neuerdings, wieder mehr Steueranreize zu gewähren. Diese sind zulässig, wenn Firmen wirtschaftliche Substanz in einer Gebietskörperschaft haben, zum Beispiel Personal beschäftigen oder Produktionsanlagen unterhalten.

Vor diesem Hintergrund werden auch Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung wieder interessanter. «Sie erleben ein Revival, weil die OECD-Gremien sie ausdrücklich als zulässig einstufen», sagt Pascal Hinny. In der

Schweiz seien solche F&E-Abzüge bis jetzt restriktiv geregelt. Wenn die Schweiz den neuen Spielraum nutze, könnten die Steuersätze für Grosskonzerne unter 15 Prozent sinken.

«Wie die neuesten Statistiken der OECD zeigen, wenden bereits zahlreiche Länder solche Steueranreize an», erklärt der Co-Autor Robert Danon. «Wenn die Schweiz nichts unternimmt, verliert sie weiter an steuerlicher Attraktivität.»

Das Ziel wäre, den sogenannten F&E-Sonderabzug stark auszubauen. Die Kantone haben heute schon die Möglichkeit, ihn den Firmen zu gewähren. Die Unternehmen dürfen dann Personalausgaben für Forscher überproportional stark von ihren Einnahmen abziehen. Das senkt den steuerbaren Gewinn und damit die Steuerzahlungen in den Kantonen. Daneben gibt es ein anderes Instrument namens Patentbox, aber dieses wird von der OECD nicht als zulässig anerkannt und verliert deshalb an Attraktivität.

Laut den Studienautoren könnten Bund und Kantone den Firmen erlauben, nicht nur Personalkosten für Forscher abzuziehen, sondern auch weitere Aufwendungen für Forschungsinfrastrukturen wie Labors, Rechenzentren oder KI. Auch könnte der Satz für den F&E-Sonderabzug von derzeit maximal 50 Prozent erhöht werden, zum Beispiel auf 100 Prozent. Die Autoren plädieren ferner dafür, einen F&E-Sonderabzug auch für die direkte Bundessteuer auf Firmengewinnen einzuführen. Die Bundessteuer fällt für viele Grosskonzerne mehr ins Gewicht als die kantonale Firmensteuer.

**Robert Danon**  
Professor  
für Steuerrecht

**Pascal Hinny**  
Professor  
für Steuerrecht

tional stark von ihren Einnahmen abziehen. Das senkt den steuerbaren Gewinn und damit die Steuerzahlungen in den Kantonen. Daneben gibt es ein anderes Instrument namens Patentbox, aber dieses wird von der OECD nicht als zulässig anerkannt und verliert deshalb an Attraktivität.

Laut den Studienautoren könnten Bund und Kantone den Firmen erlauben, nicht nur Personalkosten für Forscher abzuziehen, sondern auch weitere Aufwendungen für Forschungsinfrastrukturen wie Labors, Rechenzentren oder KI. Auch könnte der Satz für den F&E-Sonderabzug von derzeit maximal 50 Prozent erhöht werden, zum Beispiel auf 100 Prozent. Die Autoren plädieren ferner dafür, einen F&E-Sonderabzug auch für die direkte Bundessteuer auf Firmengewinnen einzuführen. Die Bundessteuer fällt für viele Grosskonzerne mehr ins Gewicht als die kantonale Firmensteuer.

## Ein wichtiger Hebel

Dass die Schweiz damit wieder steuerlich konkurrenzfähig mit den USA werden würde, ist kaum zu erwarten. Doch Hinny sagt: «Eine solche Reform kann die Steuerbelastung erheblich unter den Mindestsatz von 15 Prozent senken – vor allem für substanzstarke Firmen, die viel Forschung und Entwicklung in der

Schweiz machen.» Es handle sich um einen wichtigen Hebel. Denn Forschung und Entwicklung seien ein zukunftsträchtiges Feld für die Schweizer Wirtschaft, während die reine Produktion hierzulande oft zu teuer sei.

## Gesetzesänderung notwendig

Die Kantone könnten den F&E-Sonderabzug zum Teil in Eigenregie erhöhen. Laut dem Gutachten reizen sechzehn Kantone die bestehenden Möglichkeiten nicht aus. «Damit der F&E-Sonderabzug wirklich attraktiv wird, braucht es jedoch eine Gesetzesänderung auf Bundesebene», sagt Robert Danon. Es müsste das Steuerharmonisierungsgesetz angepasst werden. In diesem haben Bund und Kantone geregelt, wie die Bemessungsgrundlagen von Steuern – in diesem Fall die Firmengewinne – festgelegt werden. Ohne eine solche Revision ist es nicht möglich, den Maximalsatz für den F&E-Sonderabzug zu erhöhen oder mehr Aufwendungen abzugsfähig zu machen.

Verfolgt die Schweiz diesen Weg, müssten manche Kantone ihre Strategie anpassen. Kantone wie Basel-Stadt oder Zug haben jüngst auf die Auszahlung von Subventionen gesetzt, um für internationale Konzerne attraktiv zu bleiben. Firmen erhalten beispielsweise Geld vom Staat, wenn sie in Innovation oder in den Umweltschutz investieren. Doch ein Subventionswettbewerb gilt unter Ökonomen als ineffizient. Mit den neuen OECD-Regeln könnten die Kantone auch wieder ihre Steuersätze senken.

Für den Vorschlag von Danon und Hinny braucht es einen gemeinsamen Effort von Bund und Kantonen für eine Gesetzesänderung. Im Sommer hat eine Arbeitsgruppe zur OECD-Mindeststeuer zu tagen begonnen. Auf dieser Basis will der Bundesrat bis im ersten Halbjahr 2027 Eckwerte zum weiteren Vorgehen beschliessen. Dem Vernehmen nach spielt die Ausweitung des F&E-Sonderabzugs in den Diskussionen der Arbeitsgruppe eine Rolle. Die zuständige Eidgenössische Steuerverwaltung erklärte auf Anfrage, zu möglichen steuerlichen Massnahmen seien noch keine Entscheide getroffen worden.

Doch eine Gesetzesänderung auf Bundesebene hat auch einen Nachteil: Sie braucht viel Zeit. Der Bundesrat dürfte kaum vor 2029 eine Vorlage ins Parlament einbringen. Wenn Kantone schon früher ihre Standortattraktivität stärken wollen, müssen sie weiterhin Optionen ausleuchten, wie sie den Unternehmen in Eigenregie entgegenkommen können.

# Iran trifft Saudiarabien und die Welt

*Eine saudische Pipeline hatte den Ölschock durch den Iran-Krieg gemildert – jetzt ist sie ausser Betrieb*

BENJAMIN TRIEBE, CATHERINE BOSLEY

Mit Bomben und Raketen ist der Ölmarkt zurück in die Unsicherheit gestürzt worden. Es ist eine Unsicherheit, die fast vergessen schien: Seit Beginn des Iran-Kriegs war mehr Rohöl auf den Weltmarkt gelangt, als erwartet worden war. Denn es gab eine Alternative zur plötzlich gefährlichen Strasse von Hormuz. Saudiarabien nutzte eine Pipeline von den Ölfeldern im Osten des Landes zum Hafen Yanbu im Westen, um einen Teil seiner Exporte aufrechtzuerhalten.

Wie zuverlässig diese Alternative für den weltgrössten Ölexporteur künftig noch sein wird, ist jetzt offen. Saudiarabien hat die Rohrleitung ausser Betrieb genommen, nachdem sie am Freitag durch Drohnenangriffe beschädigt worden war. Gestartet wurden die Drohnen offenbar von Iran-freundlichen Milizen im Süden des Iraks. Riad hat keine Details zum Ausmass der Schäden veröffentlicht.

## Erdölinfrastruktur als Ziel

Die 1200 Kilometer lange Ost-West-Pipeline ist ein Gigant und kann bis zu 7 Millionen Fass Rohöl pro Tag transportieren. Ein Teil davon ist für saudische Raffinerien bestimmt, aber die Mehrheit wird exportiert. Fast 5 Millionen Fass pro Tag wurden so im Frühjahr von der Westküste des Königreichs verschifft. Das entspricht grob einem Viertel der Menge, die vor dem Krieg durch die Meerenge von Hormuz gelangte.

Der Preis für Rohöl reagierte nervös auf die Attacken: Ein Fass der Referenzsorte Brent kostete am Montag bis zu 109 Dollar. Öl ist deutlich teurer geworden, seit die Kampfhandlungen zwischen Iran und den USA Anfang September wieder aufgeflammt sind. Anfang Juli, auf dem Höhepunkt der Entspannung zwischen Washington und Teheran, war der Preis bis auf fast 70 Dollar gesunken.

Gemildert wird die Aufregung für den Moment durch saudische Lagerbestände an Häfen am Roten Meer, die den Export für einige Tage sicherstellen können. Danach wird es entscheidend sein, wie schnell Riad die Pipeline wieder in Betrieb nehmen kann.

Nach den ersten Wochen des Krieges hatte Iran seine Angriffe auf Öl- und Gasanlagen der Golfländer stark reduziert. Die jüngste Attacke erinnert die Welt daran, dass Pipelines, so wie jede andere Infrastruktur in der Region, jederzeit zum Ziel werden können – je nachdem, wie stark Teheran den Konflikt eskalieren lassen möchte.

Das ist auch Grund zur Sorge für die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie unterhalten eine Pipeline von Abu Dhabi zum Hafen von Fujairah am Golf von Oman. Sie transportiert 1,5 Millionen Fass Öl pro Tag und ist die zweite grosse Exportalternative zur Strasse von Hormuz. Darüber hinaus ist der Angriff auch eine Warnung an die zahlreichen Projekte zum Ausbau von Pipelines, mit denen die Exportländer der Region ihre Abhängigkeit von der Meerenge reduzieren wollen.

Die Probleme Saudiarabiens enden nicht an der Ost-West-Pipeline. Die Tanker, die am Hafen von Yanbu anlegen, haben zwei Wege, um das Rote Meer zu verlassen: Entweder über den Suezkanal ins Mittelmeer, was Lieferungen an die grossen Exportkunden in Asien erheblich verlängert und verteuert. Oder durch die Meerenge von Bab al-Mandab zwischen Jemen und Djibouti in das Arabische Meer.

## Rotes Meer noch gefährlicher

In Jemen lassen derweil die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen ihre Muskeln spielen. Durch eine militärische Offensive haben sie ihren Einfluss an der Westküste in den vergangenen Tagen stark ausgeweitet und können die Meerenge noch besser kontrollie-

ren. Mit Angriffen auf Containerschiffe hatten die Terroristen den internationalen Handelsverkehr bereits in den vergangenen Jahren immer wieder stark behindert.

Nun nehmen die Huthi gezielt Saudiarabien ins Visier. Schon Ende Juli hatten sie eine Blockade gegen saudische Tanker verhängt. Daraufhin seien die Exporte des Königreichs über den Hafen Yanbu im August auf nur noch 2 Millionen Fass pro Tag gefallen, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Mittlerweile haben sie sich wieder etwas erholt – ob das anhält, scheint nun fraglich.

Auch Transporte durch die Strasse von Hormuz sind weiterhin gefährlich. Weil die USA und Iran gegenseitig Schiffe angreifen, wagen viele Tanker die Durchfahrt nur noch mit ausgeschalteten Sendern – selbst unter amerikanischem Begleitschutz. Gemäss dem Branchenportal Lloyd's List organisierten die amerikanischen Streitkräfte ihre Konvois inzwischen effektiver.

Die Schätzungen gehen stark auseinander, wie viel Öl derzeit durch die Meerenge verschifft wird. Die Mengen werden auf täglich zwischen 5 und 10 Millionen Fass veranschlagt, etwa

Bei dem festgefahrenen Konflikt könnte der Ölpreis im Herbst bei rund 110 Dollar je Fass verharren, erwarten Analysten von Oxford Economics.

ein Viertel bis die Hälfte des Volumens von vor Kriegsbeginn. Irans Exporte von Rohöl sind aufgrund der amerikanischen Seeblockade quasi zum Erliegen gekommen.

Das reduzierte Angebot und die Sicherheitsrisiken dürften den Markt weiterhin in Atem halten. Bei einem festgefahrenen Konflikt könnte der Ölpreis in diesem Herbst bei rund 110 Dollar je Fass verharren, erwarten Analysten von Oxford Economics. Auch die Grossbank HSBC prognostiziert für diesen Fall einen Preis zwischen 110 und 120 Dollar für den Rest des Jahres.

## Benzin und Diesel immer teurer

Damit nicht genug: Die Preise für Ölprodukte wie Benzin, Kerosin und besonders Diesel sind in den vergangenen Wochen deutlich stärker gestiegen als der Preis für Rohöl. Nicht nur fehlt das ehemals grosse Angebot der Raffinerien aus der Golfregion. Nach ukrainischen Angriffen auf russische Raffinerien hat auch Moskau die Exporte stark eingeschränkt. Asiatische Raffinerien leiden unter der schlechteren Versorgung mit Rohöl aus dem Nahen Osten.

Das Hoch der Treibstoffpreise treibt weltweit die Teuerung hoch. Nachdem die Europäische Zentralbank vor wenigen Tagen den Leitzins erhöht hat, erwarten nun viele Analysten in dieser Woche einen ähnlichen Schritt von der amerikanischen Notenbank Fed. Diesel kostet in den USA erstmals mehr als 6 Dollar je Gallone (3,8 Liter). Vor einem Jahr seien es noch 3,70 Dollar gewesen, teilte der Automobilverband AAA mit.

Der amerikanische Rekordpreis ist umgerechnet immer noch tiefer als der Benzinpreis in der Schweiz. Hierzu-lande müssen Kunden laut dem Touringclub mittlerweile 2,30 Franken je Liter Diesel zahlen. In Deutschland ist Superbenzin der Sorte E10 so teuer wie nie zuvor.